

Gipfel in Gefahr

Das für Ende Mai geplante Spitzengespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und den Gewerkschaften scheint gefährdet. Schuld daran ist ein Brief von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit. Während Kohl auf dem letzten Gipfeltreffen am 23. Januar noch konkret die Bildung von Arbeitsgruppen zu den Themen technologischer Fortschritt und Arbeitsplätze, Altersversorgung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und öffentliche Investitionen zugesagt hatte, teilte Schäuble nun lediglich pauschal mit, welche Ressorts für die „Gespräche“ zuständig seien. Der DGB-Vorsitzende argwöhnt deshalb, daß der Kanzleramtschef detaillierte Beratungen im Vorfeld des Treffens verzögern will. Breit: „Das sieht nach geringerer Aufmerksamkeit aus. Zu Arbeitsgruppen passen keine unverbindlichen Gespräche.“ In einem Antwortschreiben „bittet“ er deshalb, „zu dem Wortlaut unserer Absprache zurückzukehren“. Das Spitzengespräch hat nach Ansicht der Gewerkschaften nur Sinn, wenn dann bereits Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorliegen und beraten werden können.

Dioxin-Opfer

Baden-Württembergs Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten, Gerhard Weiser, soll auf Drängen einflußreicher CDU-Politiker zurücktreten. Seit mehr als zwei Jahren hat der gelernte Landwirt, auch Stellvertreter von Landeschef Lothar Späth, alle Meldungen über Dioxin-Rückstände bei der Chemiefirma Dynamit Nobel in Rheinfelden, die zum Flick-Konzern gehört, beschönigt. Am Freitag letzter Woche bestätigte die Staatsanwaltschaft Lörrach, was die Firma alles auf der Industriemüll-Deponie Karsau bei Rheinfelden am Oberrhein gelagert hatte: 6,9 Tonnen Dioxine, darunter 26,3 Gramm Seveso-Dioxin, eine halbe Tonne Dibenzofurane sowie 2,5 Tonnen polychlorierte Biphenyle – insgesamt rund zehn Tonnen für Menschen, Boden und Gewässer gefährliche Giftrückstände. Für die Überwachung war das Ministerium Weisers zuständig. Ein Mitglied des CDU-Landesvorstands: „Der Mann ist nicht mehr haltbar, sonst muß Späth selbst geradestehen.“

Anklage gegen FDP-Scholl

Gegen den rheinland-pfälzischen FDP-Politiker Hans-Otto Scholl soll nächste Woche beim Landgericht Baden-Baden Anklage wegen schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung erhoben werden. Nach dem Plan der Strafverfol-



BGS-Fluggäste Albrecht, Möllemann, Hasselmann, von Geldern

Dienstreisen an Wochenenden

Freitags, wenn die Bonner Politiker ins Wochenende wollen, haben die Piloten des Bundesgrenzschutzes (BGS) gut zu tun. Denn manche Abgeordnete ziehen es vor, per Hubschrauber in den heimischen Wahlkreis zu reisen, statt Lufthansa oder Bahn zum Nulltarif zu benutzen.

Kanzler, Minister und Staatssekretäre, aber auch einfache Abgeordnete oder Landesminister bedienten sich 1984 wieder verstärkt der „Zimmermann-Airlines“, der dem Innenminister unterstehenden Hubschrauberflotte. Das geht aus der Aufstellung über die Flüge des letzten Jahres hervor, die dem Haushaltsausschuß vorliegt. „Noch nie“, so ein Koalitionsabgeordneter, „ist soviel geflogen worden wie von der Regierung Kohl.“

Einer der Dauerkunden der Hubschrauberpiloten ist Wolfgang von Geldern, der Parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium. Er läßt sich besonders gern in seinen Heimatort Nordholz bei Cuxhaven fliegen. Zwei Beispiele: Die Kosten des Trips am Freitag, dem 30. März 1984, berechnete der Grenzschutz – nach dem Satz, den ein Privatmann bezahlen müßte – mit 3360,90 Mark. Am 19. Juni flog von Geldern mit einem größeren Hubschrauber von Nordholz nach Hangelar bei Bonn – 10 250,08 Mark.

Auch Staatsminister Jürgen Möllemann startet mitunter gerne vom heimischen Flughafen Münster/Osnabrück. Am 21. November flog er nach Kehl (2922,50 Mark), am Tag darauf von Straßburg wieder zurück, mit einer anderen Ma-

ger soll der Prozeß gegen den Freidemokraten noch im Mai stattfinden. Scholl wird beschuldigt, am 28. Dezember 1984 bei einem Raubüberfall auf einen Juwelierladen in Baden-Baden Schmuck im Wert von 2,5 Millionen Mark erbeutet zu haben. Dabei wurden der Sohn des Geschäftsinhabers und dessen Freundin von dem unmaskierten Räuber niedergeschlagen. Die beiden Überfallenen haben Scholl als Täter identifiziert. Zwei Ringe im Wert von 115 000 Mark, die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft aus der Beute stammen, wurden in einem von Scholl gemieteten Schweizer Banksafe gefunden. Über den Verbleib der restlichen rund 70 Schmuckstücke gibt es keine Klarheit. Der 51jährige Scholl, Rechtsanwalt in Ludwigshafen, von 1974 bis 1981 Vorsitzender der rheinland-pfälzischen FDP, sitzt seit dem 5. Januar in Untersuchungshaft. Er bestreitet alle Vorwürfe.

Image-Forschung

Warum Helmut Kohl, seit 29 Monaten an der Macht in Bonn, im Ansehen der Bundesbürger noch immer hinter seinem Vorgänger Helmut Schmidt oder dem Finanzminister Gerhard Stoltenberg rangiert, soll jetzt ein Medien-Wissenschaftler ergründen. Der Leiter des Mainzer Uni-Instituts für Publizistik, Hans Matthias Kepplinger, untersucht im Auftrag des Kanzleramtes die Kohl-Berichterstattung in sieben westdeutschen Druckerezeugnissen. Unter dem Arbeitstitel „Image Kohl“ (Iko) analysiert und vergleicht der Professor sämtliche Veröffentlichungen, die zwischen Mitte 1975 und Mitte 1984 in SPIEGEL, „Stern“ und „Zeit“ über Kohl erschienen sind, dazu noch die Berichterstattung überregionaler Tageszeitungen. Die Iko-Studie soll Aufschluß darüber geben, ob be-